

NIEDERSCHRIFT  Stadt Karlsruhe	Gremium:	37. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	25. April 2017, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

14.

**Punkt 13 der Tagesordnung: Sachlicher Teil-Flächenplan Windenergie des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe  
Vorlage: 2017/0210**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister in der Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe der Vorlage zum Beschluss der zweiten öffentlichen Auslegung des sachlichen Teil-Flächennutzungsplans Windenergie zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Bei 30 Ja-Stimmen und 11 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 13 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss.

**Stadtrat Honné (GRÜNE):** Im ersten Entwurf für diesen Plan war der Windenergie nicht substanzieller Raum eingeräumt worden. – Nein, pardon.

Über dieses Thema haben wir schon vor einiger Zeit gesprochen. Da haben wir gesagt, es reicht nicht, im ganzen Nachbarschaftsverband nur ein Gebiet für Windenergie auszuweisen. Dem wird das Regierungspräsidium nie zustimmen. Genau so ist es dann auch gekommen. Das Regierungspräsidium hat abgelehnt. Daraufhin ging es jetzt wieder in den Nachbarschaftsverband. Dann hieß es, jetzt nehmen wir auch Gebiete in die Prüfung, die weniger windhöffig sind. Wir verkennen nicht, dass es nicht so viel Sinn macht, ein Windrad aufzubauen, wenn es besonders wenig windhöffig ist. Wir haben sowieso eine schwierige Situation überall. Insofern halten wir das für den falschen Weg.

Unsere Präferenz wäre, überhaupt keinen Vorrangplan für Windenergie vorzusehen. Dann gelten einfach die gesetzlichen Grenzen. Jeder einzelne Antrag für ein Windrad wird dann nach den gesetzlichen Vorschriften geprüft. Dann ist alles okay. Dabei wird ohnehin dann der Schutz der Bevölkerung usw. mit berücksichtigt. Insofern lehnen wir jetzt diesen Vorschlag hier ab.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Wir haben hier die berühmte Beweislastumkehr. Deswegen haben wir eine schwierige Situation. Wenn wir keine Vorranggebiete ausweisen, kann man den Bau einer Windkraftanlage beantragen. Die Gemeinde muss nachher die Kosten tragen für das Verfahren, um zu zeigen, dass dieser Standort nicht geeignet ist. Deswegen sind wir gerade durch die grün-rote Gesetzgebung, denn es ist ein grün-rotes Gesetz, gezwungen, Windkraftgebiete auszuweisen, wenn nicht die Gemeinden nachher hohe Kosten tragen müssen, um jede einzelne Beantragung widerlegen zu können.

Deswegen sind wir hier in der grotesken Situation, dass wir, auch dann wenn wir ganz klar gegen Windkraft sind, denn Baden-Württemberg ist das windschwächste Gebiet Deutschlands, trotzdem an der Stelle zustimmen müssen, um zu verhindern, dass überall Windkraftanlagen gebaut werden. Deswegen haben die GRÜNEN ganz richtig erkannt, sie müssen dagegen stimmen, weil sie für Windkraft sind. Wir müssen dafür stimmen, weil wir gegen Windkraft sind.

**Der Vorsitzende:** Ich biete Ihnen auch noch an, dafür zu stimmen, obwohl man für Windkraft ist. Das ist meine Position.

**Stadtrat Wohlfeil (KULT):** Wenn wir hier das windschwächste Gebiet sind, dann verstehe ich nicht, woher die Angst kommt, dass hier überall Windräder aufgestellt werden würden. Es ist in der Tat eine etwas schwierige Situation, weil es eigentlich viel zu wenig ist, was vom Nachbarschaftsverband und auch unter Berücksichtigung dessen, was davor der Regionalverband beschlossen hat, im Nachbarschaftsverband vorgesehen ist.

Wie ist dann das weitere Vorgehen, wenn so beschlossen wird? Wird das Regierungspräsidium sich dann wieder dagegen stellen, oder wird das irgendwie beschlossen sein? Ich würde da gerne kurz Klarheit haben, was das dann zur Folge haben wird.

**Der Vorsitzende:** Nach unserer Einschätzung verstehen wir Signale richtig, dass das jetzt doch ein substanzielles Angebot sein könnte. Es gab immer Kritiker, die es eher in der anderen Variante wollten. Aber mit einer übergroßen Mehrheit hat der Nachbarschaftsverband sich auf den Weg gebracht, diese gesetzliche Aufforderung zu erfüllen, substanzielle Gebiete auszuweisen. Das Thema Windhöflichkeit kann nicht in dem Sinne die spätere technische Entwicklung antizipieren. Insofern ist es auch empfehlenswert, dass wir große Flächen des Gebiets, wo es aus ganz vielen Gründen nicht geht, von vornherein ausschließen und an bestimmten Flächen ein Angebot machen. Wir haben Signale, dass das ausreichend ist, um dann auch vom Regierungspräsidium anerkannt zu werden.

Ich bin auch z. B. der Gemeinde Ettlingen außerordentlich dankbar, dass sie sich zunächst einmal sehr kritisch gestellt hat - das hat zu diesem nicht ausreichenden Angebot geführt -, dass man jetzt aber bereit ist, diesen Weg weiter zu gehen im Rahmen des Nachbarschaftsverbandes, um am Ende doch zu einem substanziellen Angebot zu kommen. Das erklärt auch, warum es mehrere Teilschritte sein mussten, bis wir jetzt an diesem Punkt sind. Das ist aber auch im Sinne der allmählichen Abwägung an der Stelle unerlässlich. Sonst hätte man Einzelnen, die jetzt betroffen sind, auch möglicherweise

zu viel zugemutet. Ich bin für diesen Weg sehr dankbar, der im Nachbarschaftsverband im Moment gegangen wird.

Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen. – Das ist ein sehr eindeutiges Votum, ein weit deutlicheres Votum, als wir das bei der Beschlussvorlage beim letzten Mal hatten. Das stärkt der Politik des Nachbarschaftsverbandes auch noch einmal den Rücken. Herzlichen Dank.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten  
15. Mai 2017